



Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 363 Postulat Roth David und Mit. über Mietreduktionen und -erlasse bei kantonalen Immobilien vorbildlich umsetzen / Finanzdepartement

Das Postulat P 363 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. David Roth hält an der Dringlichkeit fest.

David Roth: Ich bin überrascht, dass die Regierung neue Kriterien bezüglich der Dringlichkeit eingeführt hat, nämlich ob etwas gesundheitliche oder wirtschaftliche Themen betrifft. Ich sehe nicht, wie hiermit eine stringente Politik verfolgt werden soll. Mein Vorstoss ist selbstverständlich dringlich, denn es geht um die wirtschaftliche Existenz von Unternehmen. Wir haben bereits darüber gesprochen, wie diese garantiert werden kann, vor allem bezüglich des Teils, der in der alleinigen Kompetenz des Kantons Luzern liegt. Darüber müssen wir entscheiden können. Die Dringlichkeit wurde vom Kanton selber ausgelöst. Die Regierung hat Briefe verschickt und einen Entscheid gefällt, wie mit den Unternehmen verfahren werden soll, die beim Kanton Mieter sind. Wir können den Entscheid korrigieren, und deshalb ist der Vorstoss dringlich. Ich sehe hier alle Dringlichkeitskriterien als erfüllt an. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir sehen die Dringlichkeit hier etwas anders. Es ist klar: Themen die auf Bundesebene noch hängig sind, erachten wir als nicht dringlich, und das trifft auf diesen Vorstoss zu. Das eidgenössische Parlament wird über einen Gesetzesentwurf zu den Geschäftsmieten befinden. Ich weise darauf hin, dass wir Sie über unsere Haltung in dieser Hinsicht bereits im Zusammenhang mit dem Postulat P 255 informiert haben. Es kann nicht sein, dass wir in jeder Session wieder über die gleichen Themen diskutieren.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.